

Nein zur Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen»

## Breite Front gegen Ecopop

**Die Ecopop-Initiative wird vom Kantonalvorstand des BGV einstimmig abgelehnt. Für Grossrätin Angela Casanova (FDP, Domat/Ems) ist das Volksbegehren «absurd und schädlich. Im Ausland Verhütung predigen und die Schweiz blockieren geht nicht», sagt die Finanzchefin des BGV.**

Mi. Anders als die SVP-Masseneinwanderungsinitiative verlangt die Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» (Ecopop-Initiative) eine fixe Obergrenze für die Zuwanderung. Konkret schreibt sie vor, dass die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz infolge Zuwanderung nicht um mehr als 0,2 Prozent pro Jahr wachsen darf. Nach heutigem Stand wären das rund 16 000 Personen. Zudem verlangt die Initiative, dass der Bund mindestens zehn Prozent seiner Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit in die Förderung der freiwilligen Familienplanung investieren muss. Dies wären jährlich rund 200 Millionen Franken.

Wie die Zuwanderungsinitiative stellt auch die Ecopop-Initiative die bilateralen Beziehungen mit der EU infrage. Kontingente oder ein Punktesystem sind mit der Personenfreizügigkeit nicht vereinbar. Die Befürworter der Initiative geben den Bilateralen ohnehin keinen Kredit mehr. Und – so die Initianten – die Zuwanderungsinitiative zwingt die Schweiz ohnehin dazu, neue Lösungen zu finden. Doch die Initianten gehen noch weiter: Mit der Förderung der freiwilligen Familienplanung könnten jährlich rund 4 Millionen ungewollte Schwangerschaften vermieden werden, womit jedes Jahr Kosten von bis zu 600 Millionen Franken für Gesundheit, Bildung und Infrastruktur eingespart werden könnten. Die Initiative ins Leben gerufen hat die parteiunabhängige Umweltorganisation Ecopop. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, «die Lebensgrundlagen und die Lebensqualität in der Schweiz und weltweit auch für kommende Generationen zu erhalten und sich



Grossrätin Angela Casanova an der Präsidentenkonferenz des BGV in Scuol.

hierfür insbesondere mit dem Faktor Bevölkerung zu befassen», wie die Organisation auf ihrer Website schreibt.

### «Bilaterale vom Tisch»

Im Vergleich zur SVP-Zuwanderungsinitiative vom Februar lasse die Ecopop-Initiative dem Bundesrat keinen Freiraum für Verhandlungen mit der EU, meint Angela Casanova. «Bei einer Annahme sind die bilateralen Verträge nicht nur gefährdet, nein, sie sind vom Tisch», so die FDP Grossrätin. Die Folgen: Schweizer Unternehmen würden keinen garantierten Zugang zu öffentlichen Aufträgen mehr haben, Auswanderungswillige hätten es schwer auf dem EU-Arbeitsmarkt, Exporte würden komplizierter und die Schweizer Forschung hätte kaum mehr Zugang zu den EU-Forschungsprogrammen. Kurz zusammengefasst: Die Initiative nimmt keine Rücksicht auf die wirtschaftliche und politische Situation der Schweiz. Mit der starren Begrenzung der Einwanderung wehrt die Initiative der Wirtschaft zudem

die notwendigen Fachkräfte. Bei der Zuwanderungsquote werden Asylsuchende mit Fachkräften, Auslandschweizerinnen, ausländischen Ehepartnern und internationalen Funktionären in einen Topf geworfen.

### Bildung bewirkt weit mehr als Kondome

Verliererinnen wären bei einem Ja zur Initiative auch die Frauen in Entwicklungsländern. Statt wie heute in Bildung und Armutsbekämpfung zugunsten von Frauen zu investieren, müsste die Schweizer Entwicklungshilfe das Geld in Verhütungsmittel und Aufklärung stecken. Zudem gilt anzumerken, dass die Armutsmisere kaum etwas mit mangelnder Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln zu tun hat. Je länger in einem Land junge Frauen durchschnittlich zur Schule gehen, desto tiefer ist die Geburtenrate.

Die Idee von Ecopop lehnt der Kantonalvorstand des BGV ab und empfiehlt ein Nein in die Urne zu werfen.

